



Pressespiegel

Ausgabe: 28.02.2017



IG BAU begrüßt Sperrliste für Betrugsfirmen

Die IG Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) begrüßt Gesetzesinitiative von Bundeswirtschaftsministerin Zypries: „Ein bundesweites Sündenregister für die schwarzen Schafe unter den Arbeitgebern ist überfällig. Dass das Bundeswirtschaftsministerium künftig betrügerische Firmen von öffentlichen Aufträgen ausschließen will, ist konsequent“, sagt Dietmar Schäfers.

Für den Stellvertretenden IG BAU-Bundesvorsitzenden ist es ein „entschlossener Schritt, dass die Bundesregierung die Sperrliste für Betrugsfirmen noch in dieser Legislaturperiode auf den Weg bringen will“.

Besonders wichtig sei, dass dem Register neben Geldwäsche, Bestechung, Steuerhinterziehung und weiteren Delikten vor allem auch Schwarzarbeit und Mindestlohn-Verstöße gemeldet werden sollen. „Damit ist die ‚Blacklist der kriminellen Arbeitgeberschaften‘ auch ein entscheidender Schritt gegen Lohn- und Preis-Dumping und für faireren Wettbewerb“, sagt Dietmar Schäfers. Denn auch gravierende Verstöße gegen das Arbeits- und Sozialrecht könnten künftig zum Ausschluss von öffentlichen Auftragsvergaben führen.

„Wichtig ist es jetzt allerdings auch, das Register möglichst intensiv zu füttern. Und entscheidend dafür sind nicht zuletzt die Zoll-Kontrollen – von der Schwarzarbeit auf dem Bau bis zu massiven Verstößen gegen die Branchen-Mindestlöhne und gegen den gesetzlichen Mindestlohn“, so IG BAU-Vize Schäfers.

Dabei habe es in der Vergangenheit längst nicht die Kontroll-Intensität gegeben, die notwendig gewesen wäre. „Der gesetzliche Mindestlohn, aber auch die Branchen-Mindestlöhne beispielsweise auf dem Bau oder in der Gebäudereinigung werden systematisch unterlaufen. Es wird Zeit, dass wir den schwarzen Schafen unter den Arbeitgebern das Handwerk legen“, sagt IG BAU-Vize Dietmar Schäfers. Seine Gewerkschaft fordert eine deutliche Aufstockung der FKS-Kontrolleure. Mindestens 10.000 Stellen müsse es bundesweit geben. „Im Übrigen rechnet sich das auch für den Staat. Denn ein Kontrolleur holt weitaus mehr über aufgedeckte Verstöße rein als er kostet“, macht Schäfers deutlich.

Lokalkompass.de



Pressespiegel

Ausgabe: 28.02.2017



IG BAU fordert Weiterbildungs-Tarifverträge im Handwerk

Die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) fordert bessere berufsbegleitende Qualifizierungen im Handwerk. „Beschäftigte haben ein hohes Interesse, an Weiterbildungen teilzunehmen. Facharbeiter bekommen dazu jedoch zu wenig Gelegenheit.

„Wer Fachkräfte für das Handwerk begeistern und langfristig halten will, muss Bildung und Weiterbildung in die Tarifverträge aufnehmen. Oft scheitern die Qualifikationen an Zeit und Geld. Wir wollen klar für alle Betriebe regeln, dass Beschäftigte ein Recht auf systematische Weiterbildungspläne bekommen, ihnen ausreichend Zeit für Qualifikationen eingeräumt wird und sie am Ende nicht auf den Kosten sitzen bleiben.“

Innovationen verändern die Arbeit im Handwerk in immer dichteren Abständen. Wer auf Qualifizierungen verzichtet, kann schon bald nicht mehr mit dem Stand der Technik mithalten. Facharbeiter sind daher deutlich weniger Bildungsmuffel als Führungskräfte. Sogar das arbeitgebernahe Institut der deutschen Wirtschaft ermittelte in seiner „Weiterbildungserhebung“, dass gelernte Kräfte etwa halb so oft auf eine Beteiligung an Weiterbildung verzichten (7,1 Prozent) wie Uniabsolventen (15,3 Prozent). Betriebe stellen demnach keine Angebote, insbesondere, weil sie Freistellungen fürchten. Jedes vierte Unternehmen nennt zudem die Kosten als Angebotshemmnis.

„Beschäftigte müssen auf der Höhe der Zeit bleiben. Berufsbegleitendes Lernen gehört deshalb zum modernen Arbeitsleben dazu. Die Betriebe haben doch selbst ein Interesse daran, dass sie sich über Qualität von den Wettbewerbern abheben“, sagte Schäfers. „Tarifvertragliche Regelungen können sicherstellen, dass die Weiterbildung nicht dem Zufall überlassen wird.“

Lokalkompass.de



Pressespiegel

Ausgabe: 28.02.2017



Nein zum Dienstleistungspaket der Europäischen Kommission

Gemeinsame Presseinformation von ZDB und IG BAU

Berlin / Frankfurt am Main, 27.02.2017

Am 10. Januar 2017 hat die Europäische Kommission das „Dienstleistungspaket“ vorgelegt. Dieses Paket enthält Vorschläge zur Einführung einer europäischen Dienstleistungskarte sowie zur Überprüfung der Verhältnismäßigkeit von Berufsreglementierungen. Damit soll der Verwaltungsaufwand für Dienstleister, die ihre Aktivitäten in andere Mitgliedsstaaten ausweiten möchten, verringert werden.

Der Zentralverband des Deutschen Baugewerbes (ZDB) und die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) lehnen das Dienstleistungspaket der Europäischen Kommission ab, da dieses neue Einfallstore für Schwarzarbeit schafft. Die Dienstleistungskarte führt das Herkunftslandprinzip durch die Hintertür ein und gefährdet bestehende Kontrollrechte innerhalb Deutschlands. Der geplante bürokratische Verhältnismäßigkeitstest bei reglementierten Berufen greift in unzulässiger Weise in die Regelungskompetenz des nationalen Gesetzgebers ein.

„Die duale Ausbildung und die Reglementierung von Handwerksberufen sind ein Grundpfeiler des wirtschaftlichen Erfolgs und haben zu einer vergleichsweise niedrigen Jugendarbeitslosigkeit geführt. Das bewährte System der dualen Ausbildung inklusive der Meisterpflicht darf nicht angetastet werden.“ Sagte Robert Feiger, Bundesvorsitzender der IG BAU.

„Die Europäische Kommission konnte uns mit ihrem Vorschlag nicht überzeugen, dass mit der elektronischen Dienstleistungskarte die Kontrolle von Arbeitsbedingungen weiter möglich sein wird. Eher erscheint es so, dass die Gründung von Briefkastenfirmen gefördert und Scheinselbstständigkeit erleichtert wird“, sagte ZDB-Präsident Dr.-Ing. Hans-Hartwig Loewenstein.

Die IG BAU und der ZDB fordern daher die deutsche Bundesregierung auf, das Dienstleistungspaket im Europäischen Rat abzulehnen. Der Deutsche Bundestag und der Bundesrat müssen zudem darauf achten, dass die Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit durch das Dienstleistungspaket nicht verletzt werden

Lokalkompass.de